ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Fratzscher, Marcel

Article

Das AfD-Paradox in Sachsen-Anhalt: Populäre soziale Versprechen, aber keine Basis für Sozialstaat

DIW aktuell, No. 123

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fratzscher, Marcel (2026) : Das AfD-Paradox in Sachsen-Anhalt: Populäre soziale Versprechen, aber keine Basis für Sozialstaat, DIW aktuell, No. 123, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/343638

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

CC BY https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DIW BERLIN

Nr. 123 — 2. September 2026

Das AfD-Paradox in Sachsen-Anhalt: Populäre soziale Versprechen, aber keine Basis für Sozialstaat

Von Marcel Fratzscher

DIW aktuell

2. September 2026 – nach den Landtagswahlen am 6. September könnte Sachsen-Anhalt dramatische politische Veränderungen erfahren: Die AfD könnte zum ersten Mal Regierungsverantwortung übernehmen und den Ministerpräsidenten stellen. Für welche politischen Positionen steht die AfD in Sachsen-Anhalt? Wie fällt ein Vergleich zu den demokratischen Parteien aus, wo gibt es Überschneidungen? Und wie extrem ist die AfD in ihren Positionen, wo bestehen Widersprüche? Eine Auswertung des Wahl-O-Mats der Bundeszentrale für politische Bildung sowie ein Vergleich mit den Landtagswahlen 2016 und 2021 und der Bundestagswahl 2025 zeigen ein grundlegend verändertes Parteiensystem. Trotz wachsender Unterschiede in den Positionen der Parteien verliert die AfD vermehrt ihre inhaltliche Alleinstellung. Gerade in der Sozialpolitik zeigt sich in Sachsen-Anhalt das AfD-Paradox: Menschen und Wirtschaft sind auf eine gute öffentliche Daseinsvorsorge, Fachkräfte, kommunale Infrastruktur, Bildung, bezahlbares Wohnen und eine verlässliche Gesundheitsversorgung angewiesen. Die AfD unterstützt zwar einzelne populäre Maßnahmen wie kostenfreie Schüler-Mobilität, geringere Kita-Kosten oder öffentliche Krankenhäuser. Aber sie lehnt zentrale Voraussetzungen einer zukunftsfähigen sozialen Infrastruktur ab, etwa die Anwerbung ausländischer Fachkräfte, Projekte gegen Rechtsextremismus, Demokratiebildung, Klimaneutralität, Vermögensteuer und teils Instrumente des sozialen Wohnungsbaus oder der Ausbildungsfinanzierung.

Sollte die AfD nach der Landtagswahl erstmals die Regierung in Sachsen-Anhalt stellen, würden viele ihrer programmatischen Punkte unmittelbare politische Relevanz erhalten. Um diese Positionen und ihre Unterschiede zu den übrigen Parteien möglichst objektiv vergleichbar zu machen, werden im Folgenden die 38 Thesen und Themen der einzelnen Parteien im Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung[1] ausgewertet. In dieser Kurzstudie wurden für jede These die Parteipositionen mit „1“ für Zustimmung, „0“ für neutral und „-1“ für Ablehnung kodiert. Anschließend wurden die Thesen thematisch kategorisiert und mit einem Vorzeichen versehen. Ein positiver normierter Wert steht für eine stärker sozialinvestive, offene, demokratische, ökologische oder progressive Position; ein negativer Wert für die entgegengesetzte Haltung. Eine These kann

1 Bundeszentrale für politische Bildung (2026): Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2026 (online verfügbar, abgerufen am 31. August 2026. Dies gilt für alle Online-Quellen dieser Studie); Bundeszentrale für politische Bildung (2016, 2021): Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2016, 2021.

mehreren Kategorien zugeordnet sein, etwa wenn sie sowohl Sozialpolitik als auch Gesellschaftspolitik oder Wirtschaft und Klima berührt. Die Kategorien Steuern und Wirtschaft werden in dieser Fassung zusammengeführt, weil viele Wahl-O-Mat-Thesen beide Dimensionen zugleich abbilden. Die Heterogenität zwischen den Parteien – also wie weit das Angebot der Parteien auseinanderliegt – wird gemessen als Standardabweichung der Indizes: „0“ bedeutet vollständige Übereinstimmung; „1“ bedeutet völligen Dissens bei allen Fragen. Die gleiche Methodik wurde bereits in früheren DIW-Studien auf Grundlage des Wahl-O-Mats genutzt.[2]

Die AfD weicht in allen Politikfeldern klar vom Durchschnitt der anderen Parteien ab

Die AfD Sachsen-Anhalt weicht 2026 in allen sechs Kategorien – Steuern/Wirtschaft, Klima, Soziales, Gesellschaft, Innenpolitik und Europa/International – stark vom Durchschnitt der übrigen Parteien ab (Abbildung 1, Tabelle 1). Am stärksten ist der Abstand in der Kategorie Gesellschaft. Dort erreicht die AfD einen Indexwert von „-0,88“, während SPD, Grüne und Linke deutlich positive Werte aufweisen. Das spiegelt Positionen wider, die gegen eine offene und pluralistische Gesellschaft gerichtet sind: etwa das traditionelle Familienbild in Schulen, das Verbot geschlechterinklusiver Schreibweisen oder die Ablehnung einer gesonderten statistischen Erfassung von Femiziden.

Auch in der Klimapolitik ist die AfD extrem positioniert und unterscheidet sich stark von den meisten anderen Parteien. Sie lehnt einen stärkeren Ausbau der Windkraft ab, ist gegen Maßnahmen zum Erreichen der Klimaneutralität und unterstützt es, den Kohleausstieg rückgängig zu machen. Diese Positionierung ist vor allem für Sachsen-Anhalts Wirtschaft relevant, denn das Land hat eine große und sehr erfolgreiche Chemieindustrie, die auf günstige Energie angewiesen ist. Zudem ist Sachsen-Anhalt eines der führenden Länder beim Ausbau erneuerbarer Energien. Die Positionen der AfD zeigen, dass die Partei in Sachsen-Anhalt darauf abzielt, eine Wende weg von erneuerbaren Energien und hin zu fossilen Energieträgern und Atomkraft zu gestalten.

Bei der Wirtschaftspolitik verfolgt die AfD in Sachsen-Anhalt einen meist stark neoliberalen Kurs.[3] Sie fordert Steuersenkungen, ist gegen eine Vermögensteuer und will die Rolle des Staates beschränken. Eine Studie des IWH in Halle[4] hat kürzlich gezeigt, dass diese Steuerpolitik widersprüchlich ist, denn Steuern zu reduzieren und Staatsausgaben zu erhöhen, würde zu einem erheblichen Defizit im Landeshaushalt führen. Gleichzeitig spricht sich die AfD jedoch strikt gegen eine Reform der Schuldenbremse aus.

2 Marcel Fratzscher (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären die eigenen Wähler*innen, DIW aktuell Nr. 88 (online verfügbar); Marcel Fratzscher (2023): Das AfD-Paradox und die politische Nähe zu anderen Parteien: Die meisten Überschneidungen gibt es mit der Union, DIW aktuell Nr. 89 (online verfügbar); Marcel Fratzscher (2024): Das AfD-Paradoxon bei der Europawahl: Ein Rechtsruck schadet vor allem den AfD-Wähler*innen und der jungen Generation, DIW aktuell Nr. 93 (online verfügbar); Marcel Fratzscher (2024): AfD und BSW in Thüringen und Sachsen: Regierungsverantwortung wäre ein gefährliches Experiment, DIW aktuell Nr. 95 (online verfügbar).

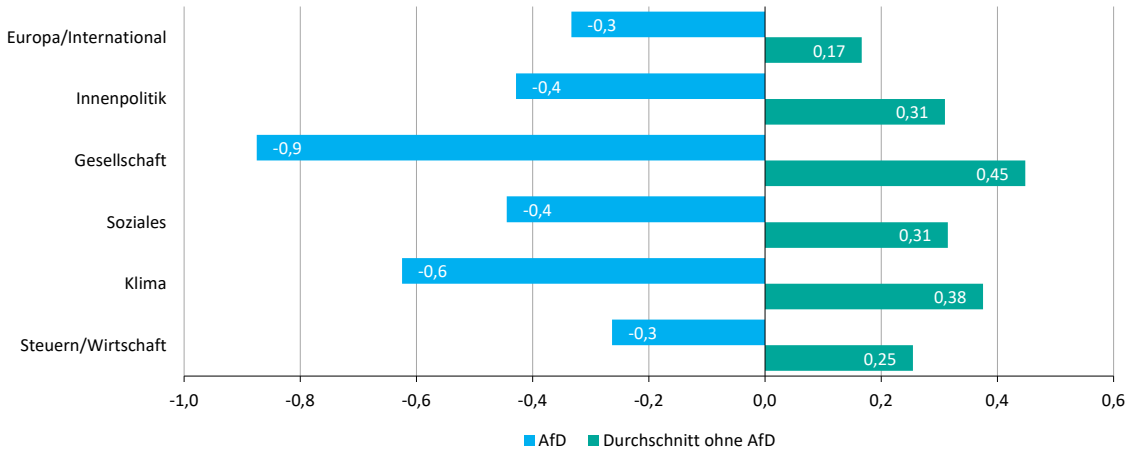
3 Vgl. Marcel Fratzscher (2026): Sachsen-Anhalt zeigt das AfD-Paradox: Strukturschwache AfD-Hochburgen würden unter ihrer Politik am stärksten leiden, DIW aktuell Nr. 121 (online verfügbar).

4 Nic Dorsch, Reint Gropp und Alexander Reifschneider (2026): Ist das AfD-Wahlprogramm für Sachsen-Anhalt finanzierbar? Kosten und Gegenfinanzierung vor der Landtagswahl am 6. September, IWH Policy Notes 2/2026 (online verfügbar).

Abbildung 1

Die AfD weicht in allen politischen Kategorien am stärksten vom Durchschnitt der übrigen Parteien ab

Indexwerte



Anmerkung: Index von -1 bis 1, positive Werte stehen für sozialinvestive, offene, demokratische oder ökologische Positionen.

Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2026, eigene Kategorisierung und Berechnungen.

CC BY 4.0

Tabelle 1

Kategorienprofile der Parteien in Sachsen-Anhalt 2016, Indexwerte

Kategorie	CDU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD	BSW	Durchschnitt ohne AfD
Steuern/Wirtschaft	-0,16	0,58	0,42	-0,26	0,68	-0,26	0,26	0,25
Klima	-0,13	0,88	0,88	-0,13	0,88	-0,63	-0,13	0,38
Soziales	-0,28	0,67	0,72	-0,33	0,72	-0,44	0,39	0,31
Gesellschaft	0,00	0,81	1,00	0,25	0,81	-0,88	-0,19	0,45
Innenpolitik	-0,14	0,57	0,71	0,14	0,71	-0,43	-0,14	0,31
Europa/International	0,00	0,33	0,33	0,33	0,33	-0,33	-0,33	0,17

Anmerkung: Mehrfachzuordnungen der Thesen sind möglich, Index von -1 bis 1, positive Werte stehen für sozialinvestive, offene, demokratische oder ökologische Positionen.

Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2026, eigene Kategorisierung und Berechnungen.

CC BY 4.0

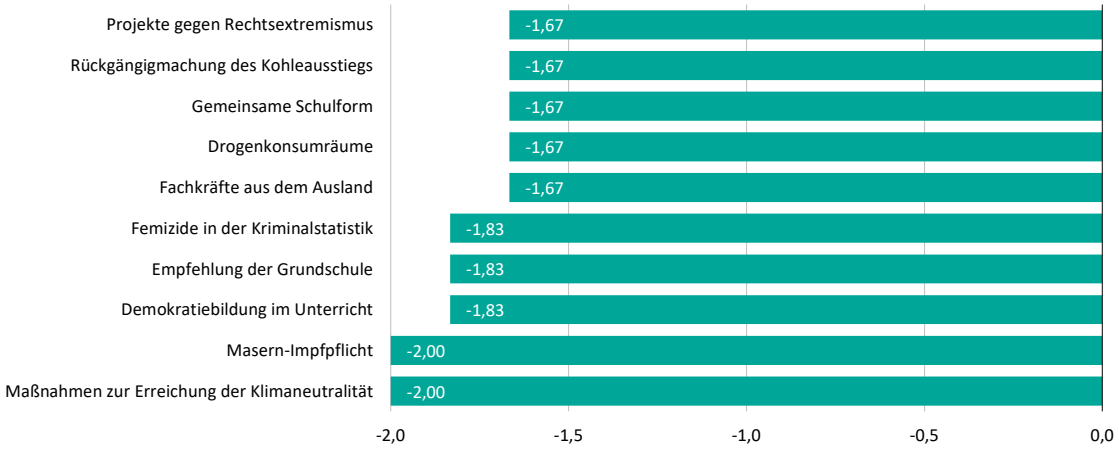
Die größten AfD-Abweichungen betreffen Demokratie, Fachkräfte und Gesellschaft. (Abbildung 2) Bei den Einzelthesen zeigen sich die größten Unterschiede in Fragen, die für Daseinsvorsorge und demokratische Infrastruktur zentral sind. Besonders stark trennt die AfD sich vom übrigen Parteienspektrum bei der Masern-Impfpflicht, bei Maßnahmen zur Klimaneutralität, bei Demokratiebildung im Unterricht, bei der gesonderten Erfassung von Femiziden und bei der Anwerbung ausländischer Fachkräfte. Auch Projekte gegen Rechtsextremismus und Drogenkonsumräume gehören zu den Thesen, bei denen die AfD besonders stark abweicht.

In ihrer Gesamtheit ergeben diese Positionen ein klares politisches Profil: für eine weniger offene Gesellschaft, weniger Prävention gegen Rechtsextremismus, weniger Fachkräftezuwanderung, weniger Klima-Transformation und weniger Gleichstellung und Chancengleichheit.

Abbildung 2

Größte inhaltliche Abweichungen der AfD vom übrigen Parteienspektrum 2026

Indexwerte



Anmerkung: Gezeigt wird der Abstand zwischen normierter AfD-Position und dem Durchschnitt aller übrigen ausgewerteten Parteien.

Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2026, eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Das AfD-Paradox in der Sozialpolitik – Fokus auf populäre Entlastungen

In der Kategorie Soziales liegt die AfD mit einem Wert von „-0,44“ ebenfalls im negativen Bereich und ist stärker gegen einen starken Sozialstaat ausgerichtet als jede der anderen Parteien (Abbildung 3). Das ist ein wichtiger Befund, weil sich die AfD politisch als Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter, der kleinen Leute darstellt. Die Daten zeigen jedoch, dass die Partei als Ganzes nicht sozialstaatlich positioniert ist. Sie unterstützt zwar einzelne Entlastungen, lehnt aber viele Maßnahmen ab, die für soziale Teilhabe, Fachkräftesicherung und Daseinsvorsorge relevant sind.

So unterstützt die AfD zwar einzelne populäre und gut sichtbare Entlastungen: Sie fordert ein kostenfreies Deutschland-Ticket für Schülerinnen und Schüler, lehnt Elternbeiträge für Kitas ab und befürwortet die Übernahme privater Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft. Das sind Positionen, die durchaus mit sozialstaatlicher Daseinsvorsorge vereinbar sind und erklären, warum die AfD in manchen sozialen Fragen anschlussfähig wirkt (Tabelle 2, Abbildung 4).

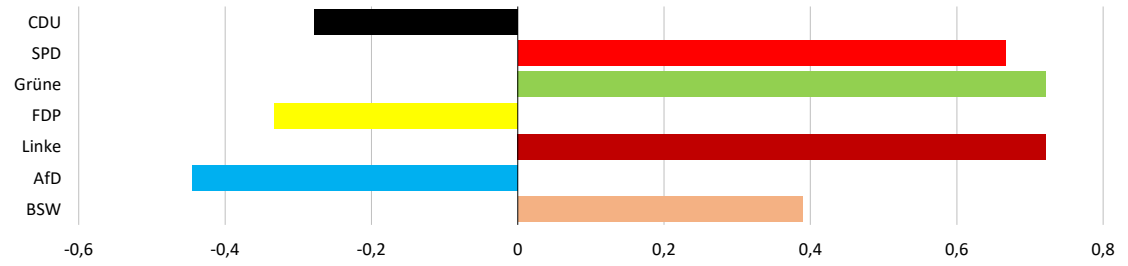
Die AfD lehnt dagegen ab, ausländische Fachkräfte anzuwerben, obwohl funktionierende Pflege, Gesundheitsversorgung, Handwerk, Verwaltung, Bildung und Industrie in einem alternden Bundesland wie Sachsen-Anhalt auf zusätzliche Arbeitskräfte und Zuwanderung auch aus dem Ausland angewiesen sind. Die AfD ist zudem gegen eine Vermögensteuer. Sie positioniert sich gegen einen Ausbildungsfonds, der junge Auszubildende stärker fördern und bessere Arbeitsmarktchancen eröffnen würde. Sie ist gegen eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft, die Wohnen wieder erschwinglicher machen könnte. Sie befürwortet zudem, arbeitsfähige Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten.

Die AfD verfolgt somit eine selektive Sozialpolitik: Entlastungen, die sichtbar und politisch populär sind; aber Härte und Ausschluss bei Integration, Fachkräftesicherung oder der Verbesserung von Chancengleichheit.

Abbildung 3

Sozialpolitische Positionierung der Parteien in Sachsen-Anhalt 2026

Indexwerte



Anmerkung: Sozialindex von -1 bis 1 nur für Thesen der Kategorie Soziales, negative Werte stehen für restriktivere sozialpolitische Positionen.

Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2026, eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Tabelle 2

Sozialpolitisches AfD-Paradox in ausgewählten Thesen

Label	AfD	Andere Parteien	Kurzfassung	Einordnung	Position AfD	Durchschnitt ohne AfD
Kosten für die Betreuung	Nein	Ja 3, neutral 0, nein 3	Eltern sollen sich weiterhin an den Kosten für die Betreuung ihrer Kinder in Kitas beteiligen.	Entlastung von Familien; zugleich nur ein Teilbereich sozialer Daseinsvorsorge.	1,00	0,00
Deutschland-Ticket für Schüler*innen	Ja	Ja 4, neutral 0, nein 2	Das Land soll allen Schülerinnen und Schülern in Sachsen-Anhalt ein kostenfreies Deutschland-Ticket finanzieren.	Sichtbare, selektive Entlastung und Teilhabepolitik.	1,00	0,33
Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft	Ja	Ja 4, neutral 0, nein 2	Das Land soll die Übernahme privater Krankenhäuser in öffentliche Trägerschaft fördern.	Staatliche Verantwortung in der Gesundheitsversorgung.	1,00	0,33
Gemeinnützige Arbeit in der Grundsicherung	Ja	Ja 2, neutral 0, nein 4	Arbeitsfähige Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Grundsicherung sollen zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden.	Restriktiv-aktivierendes Sozialstaatsverständnis.	-1,00	0,33
Vermögensteuer	Nein	Ja 4, neutral 0, nein 2	Das Land soll sich dafür einsetzen, dass eine Vermögensteuer erhoben wird.	Ablehnung struktureller Umverteilung und zusätzlicher Einnahmen.	-1,00	0,33
Fachkräfte aus dem Ausland	Nein	Ja 5, neutral 0, nein 1	Sachsen-Anhalt soll Fachkräfte aus dem Ausland anwerben.	Abschottung trotz Fachkräftebedarf in Daseinsvorsorge, Pflege und Wirtschaft.	-1,00	0,67
Landeseigene Wohnungsbaugesellschaft	Nein	Ja 2, neutral 0, nein 4	Sachsen-Anhalt soll eine landeseigene Wohnungsbaugesellschaft für sozialen Wohnungsbau gründen.	Skepsis gegenüber einem staatlichen Instrument des sozialen Wohnungsbaus.	-1,00	-0,33
Ausbildungsfonds	Nein	Ja 2, neutral 1, nein 3	Die Kosten für die betriebliche Berufsausbildung sollen durch einen Fonds getragen werden, in den alle Unternehmen in Sachsen-Anhalt einzahlen müssen.	Skepsis gegenüber solidarischer Finanzierung betrieblicher Ausbildung.	-1,00	-0,17

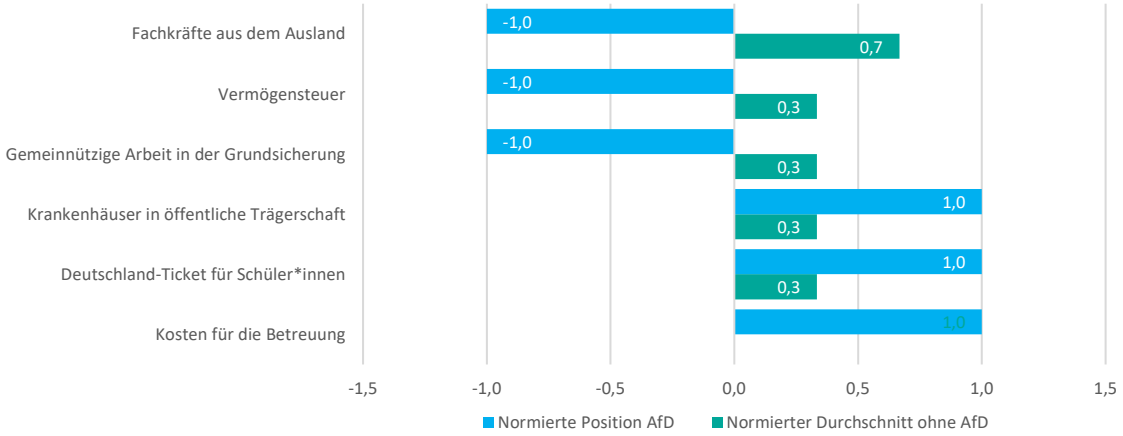
Anmerkung: Die anderen Parteien umfassen CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke und BSW.

Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt, eigene Zusammenstellung.

CC BY 4.0

Abbildung 4

Ausgewählte sozialpolitische Thesen: AfD und Durchschnitt der übrigen Parteien
Indexwerte



Anmerkung: Positive Werte entsprechen der sozialinvestiven Richtung der jeweiligen These.
Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2026, eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Die AfD wird extremer, steht aber seltener allein

Der Zeitvergleich zeigt: Die AfD wird nicht per se in jeder Dimension immer extremer, wenn man darunter ausschließlich völlige Alleinstellung versteht (Abbildung 5). Der Anteil der Thesen, bei denen sie als einzige Partei eine bestimmte Position einnimmt, sinkt von 34,2 Prozent im Jahr 2016 auf 13,2 Prozent im Jahr 2026 (Abbildung 6). Das bedeutet aber nicht, dass sie stärker der demokratischen Mitte nähert. Gleichzeitig sinkt nämlich auch der Anteil der Thesen, bei denen sie mit der Mehrheit der anderen Parteien übereinstimmt: von 31,6 Prozent 2016 auf 21,1 Prozent 2026.

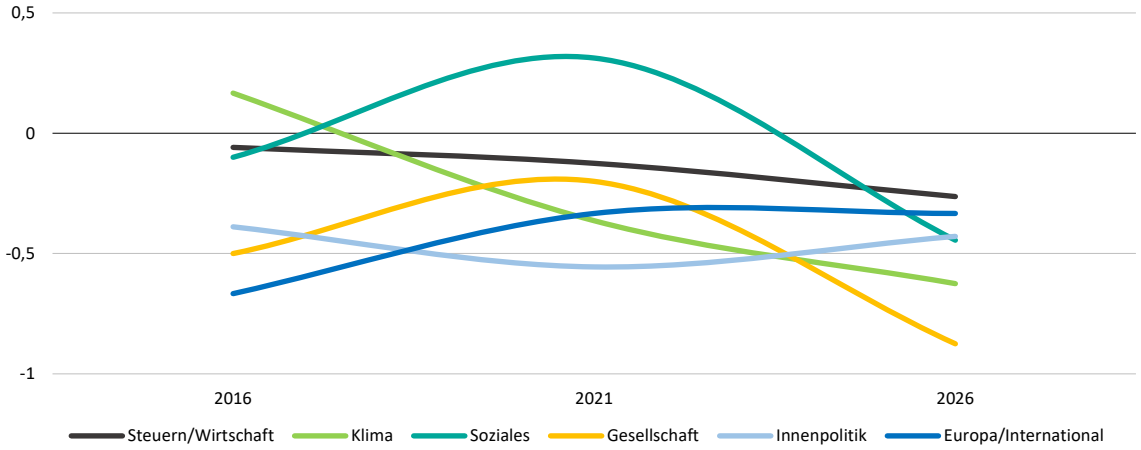
Das zeigt, dass die AfD weniger oft völlig isoliert ist als 2016, findet aber auch seltener Anschluss an Mehrheitspositionen. Sie teilt manche Positionen mit anderen, vor allem mit FDP und CDU in wirtschaftlichen und ordnungspolitischen Fragen sowie teilweise mit dem BSW bei Migration und Abschottung. Zugleich bleibt sie im Gesamtbild deutlich getrennt von den anderen Parteien, insbesondere von SPD, Grünen und Linken.

2026 hat die AfD in Sachsen-Anhalt eine Übereinstimmung von 50,0 Prozent mit der FDP und 47,4 Prozent mit der CDU, aber nur 26,3 Prozent mit der SPD. SPD und Linke stimmen dagegen bei 84,2 Prozent der Thesen überein. Es entstehen Überschneidungen zwischen AfD, FDP, CDU und BSW in bestimmten Fragen, während das politisch linke und progressive Lager in vielen sozialen und gesellschaftlichen Fragen enger zusammenrückt (Abbildung 7).

Abbildung 5

AfD-Positionen in Sachsen-Anhalt besonders zu Gesellschaft, Klima und Soziales bleiben kritisch

Verschiebung der AfD-Positionen nach Kategorien, Indexwerte



Anmerkung: Die Thesen der einzelnen Jahre sind nicht identisch, ausgewiesen werden Kategorienprofile, Werte nahe 1 stehen für eher offene, sozialinvestive, ökologische oder progressive Positionen; Werte nahe -1 für die entgegengesetzte Richtung.

.

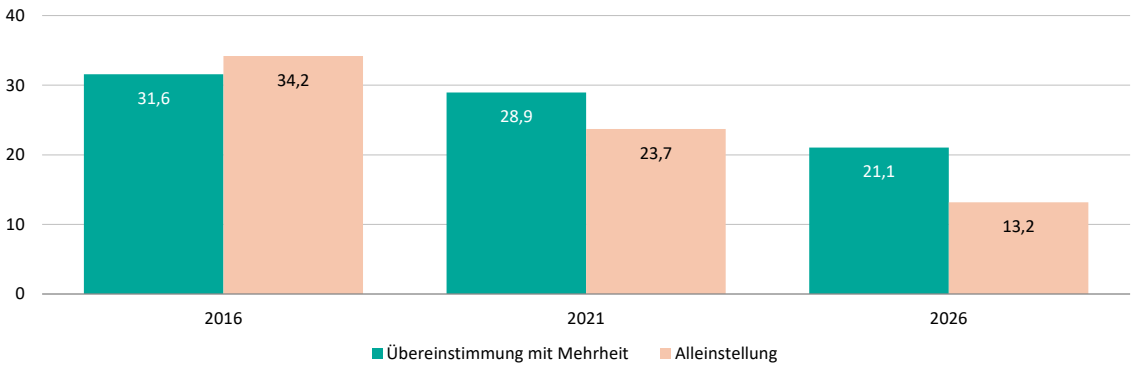
Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2016, 2021 und 2026, eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Abbildung 6

Mehrheitsübereinstimmung und Alleinstellung der AfD-Positionen in Sachsen-Anhalt

In Prozent



Anmerkung Mehrheit bedeutet hier die gleiche Position wie mehr als die Hälfte der übrigen ausgewerteten Parteien.

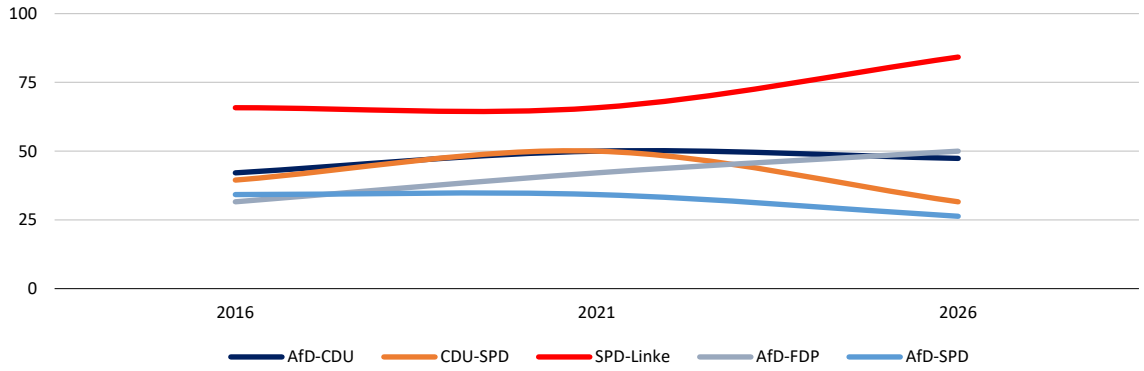
Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2016, 2021 und 2026, eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Abbildung 7

Übereinstimmung ausgewählter Parteipaare in Sachsen-Anhalt

In Prozent



Anmerkung: Anteil gleicher Antworten zu allen Thesen.

Quelle: Wahl-O-Mat Sachsen-Anhalt 2016, 2021 und 2026, eigene Berechnungen.

CC BY 4.0

Fazit: Die soziale Frage muss demokratisch beantwortet werden

Die AfD Sachsen-Anhalt nimmt 2026 eine deutliche programmatische Sonderrolle ein. Sie unterscheidet sich in allen politischen Kategorien zum Teil sehr deutlich von den Positionierungen anderer Parteien, vor allem in der Sozialpolitik. Die AfD unterstützt zwar einzelne soziale Entlastungen, lehnt aber zentrale strukturelle Voraussetzungen sozialer Daseinsvorsorge ab.

Das AfD-Paradox in Sachsen-Anhalt besteht darin, dass die Partei reale soziale Unsicherheit thematisiert, ihre Politik aber viele Ursachen dieser Unsicherheit verschärfen würde. Sie verspricht Sicherheit, aber schwächt Demokratie und demokratische Institutionen. Sie kritisiert Überforderung von Wirtschaft und Menschen, blockiert aber Fachkräftezuwanderung und will Menschen im großen Stil abschieben, wohlwissend, dass diese Politik auch viele deutsche Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen aus dem Land drängen würde.

Für die demokratischen Parteien ergibt sich daraus eine doppelte Herausforderung. Erstens dürfen sie die sozialen Sorgen vieler Menschen in Sachsen-Anhalt weder abwerten noch ignorieren. Sorgen um Krankenhäuser, Pflege, Mobilität, Schule, bezahlbares Wohnen, Sicherheit und kommunale Infrastruktur sind durchaus gerechtfertigt und verständlich. Zweitens müssen sie aber klar zeigen, dass die Antworten der AfD viele dieser Probleme nicht lösen, sondern verschärfen können. Dieses AfD-Paradox und die Widersprüche der Positionierungen der AfD – genauso wie solche anderer Parteien – sollten ein wichtiger Teil des politischen und gesellschaftlichen Diskurses sein.[5]

[5] Vgl. weitere Publikationen zum Thema: Anna-Sophie Heinze und Timon Scheuer (2025): Growing Up Far Right? Youth Support for AfD in Eastern Germany, German Politics; Benjamin Höhne, Julius Kölzer und Hendrik Träger (2025): Geography of Shrinkage: Local Population Decline and Electoral Support for the Anti-establishment Parties AfD and BSW in East German State Elections, German Politics; Hermann Siebel, Gülru Horozoğlu und Ursula Kessels (2026): How to explain the German East-West divide in support of a populist radical right party (AfD): mapping socioeconomic, psychological, and cultural explanatory factors from a demand-side, voter-level perspective, Frontiers in Sociology 11:1759913; Daniel Ziblatt, Hanno Hilbig und Daniel Bischof (2024): Wealth of Tongues: Why Peripheral Regions Vote for the Radical Right in Germany. American Political Science Review 118(3), 1480-1496.

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | president@diw.de

Impressum

DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

Tel. +49 (30) 897 89-0
http://www.diw.de
Redaktion: Pressestelle des DIW Berlin
Pressekontakt: Petra Jasper
Tel.: +49 (30) 89789-400
Mail: presse@diw.de

2026
ISSN: 2567-3971
Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0
nachnutzbar: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0